

Misstrauensantrag

gemäß § 55 GOG-NR

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, Mag. Jörg Leichtfried, Genossinnen und Genossen

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesregierung

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, Genossinnen und Genossen betreffend „Totalversagen der Bundesregierung im Kampf gegen die Teuerung!“ in der 211. Sitzung des Nationalrates

Begründung

Die derzeitige Bundesregierung aus ÖVP und Grünen hat in der Vergangenheit bei mehreren Anlässen bewiesen, dass sie nicht gewillt oder fähig ist, Lösungen für die drängenden Probleme und Sorgen der österreichischen Bevölkerung zu finden. Stattdessen begnügen sich ÖVP und Grüne mit Minimalkompromissen, gegenseitiger Blockade und blanker Klientelpolitik.

Drastisch lässt sich dieses Versagen im Umgang der Bundesregierung mit der Rekordteuerung beobachten: Während es Länder wie Frankreich, Spanien, Deutschland oder die Schweiz geschafft haben, die exorbitanten Energiepreise zu zügeln und entschlossene Eingriffe in den Markt vornahmen, sah die österreichische Bundesregierung tatenlos zu.

Wie schon zu Zeiten von Corona rühmt sich die Regierung damit, im internationalen Vergleich Rekordausgaben „gegen die Teuerung“ zu tätigen. Angesichts der Corona-Bilanz eine etwas kühne Herangehensweise. Denn tatsächlich gab es während der Corona-Pandemie Rekordausgaben, die zu Überförderungen von hunderten Millionen Euro geführt haben, wie sogar der Rechnungshof und die OeNB festgestellt haben. Die Regierung hat zwar das Geld der Menschen in Österreich mit beiden Händen ausgegeben, bei der Entwicklung des BIP in den Corona Jahren 2020 und 2021 gab es jedoch nur drei Länder in Europa, die schlechter abgeschnitten hatten als Österreich. Das heißt: die enormen finanziellen Hilfen haben den Zweck völlig verfehlt. Die Krisenkosten wurden falsch verteilt. Auch hier lügen die Zahlen nicht,

auch wenn sie von ÖVP und Grünen gerne verschwiegen werden. Dass sich eine Regierung an Ankündigungen und nicht an tatsächlichen Verbesserungen messen lassen will, fällt den Menschen in Österreich nun schon zum zweiten Mal auf den Kopf. Der IWF hat ausgerechnet, dass die österreichische Regierung zwar im europäischen Vergleich tatsächlich sehr viel Geld unter dem Titel „Anti-Teuerung“ ausgibt, aber 3/5 des Geldes nicht zielgerichtet ankommen. Gleichzeitig wurde dabei kaum ein Preis gesenkt. Viel Geld auszugeben, das weder zielgerichtet ankommt noch die Preise senkt, ist mit Sicherheit das Schlechteste aus beiden Welten. Das beste Beispiel für sinnlose Rekordausgaben ist der Energiekostenzuschuss II, der bereits scharf vom Fiskalrat kritisiert wurde. Für viele EPUs und KMUs kommen die Hilfen mal wieder zu spät oder sind zu klein, weil die Regierung nicht die Energiepreise regulieren wollte. Bei anderen, großen Unternehmen wird dieser Zuschuss zu massiven Übergewinnen führen. Dort wo sich die Preissteigerungen ohne große Schwierigkeiten weitergeben lassen, ist es nämlich sehr wahrscheinlich, dass die Energiepreissteigerungen fast 1:1 auf die Preise aufgeschlagen werden. Gleichzeitig werden die verspäteten Hilfszahlungen 1:1 in die Gewinne der betroffenen Unternehmen fließen. Eine Regierung, die sich auch nur ein bisschen ernst nimmt, dürfte niemals zulassen, dass einzelne Unternehmen die Energiehilfen dafür verwenden, ihre Gewinne zu steigern. Es kann eigentlich nicht sein, dass die Menschen doppelt zahlen – zuerst einen höheren Preis, etwa für Lebensmittel, und dann auch noch die Energiehilfen für Unternehmen über ihre Steuern und Abgaben. 5 bis 8 Milliarden Euro an wertvollen Steuergeldern werden beim Energiekostenzuschuss II größtenteils sinnlos und völlig ohne Wirkung auf die Inflation ausgegeben.

Die Statistik Austria hat jüngst am 4. Mai 2023 dargelegt welche Auswirkungen das Nicht-Handeln der Regierung auf den Wohlstand in Österreich hat. Im letzten Jahr haben mehr als 1/3 der Menschen in Österreich einen realen Einkommensverlust hinnehmen müssen. 27 Prozent der Menschen in Österreich rechnen mit Zahlungsschwierigkeiten bei Mieten und Wohnen. 1,1 Mio. Menschen können sich nicht einmal mehr Kleinigkeiten gönnen, und mehr als eine halbe Million Menschen hat Schwierigkeiten, sich eine warme Mahlzeit zu leisten. Diese Situation ist für ein Land wie Österreich unwürdig und für viele Familien längst untragbar geworden. WIFO-Chef Gabriel Felbermayr hat sich unter anderem für einen Mietpreis-Stopp ausgesprochen und Eingriffe in den Markt von der Regierung eingemahnt. Die

Regierung beobachtet aber nur weiter und lässt einen Gipfel nach dem anderen ohne konkretes Ergebnis verstreichen. Den Gipfel der Ergebnislosigkeit hat die Bundesregierung in einer denkwürdigen aber für die Bevölkerung sehr traurigen zweiten Maiwoche erreicht. Nachdem zu Beginn der Woche ein Lebensmittelgipfel ergebnislos scheiterte, hat die Regierung in einer Panikreaktion im Rahmen einer Show-Presskonferenz am 10. Mai ein Nicht-Maßnahmenpaket angekündigt, das keinen einzigen Preis senken wird. Weder wurden die Mieten reguliert und dadurch billiger, noch hat man in die Lebensmittelpreise eingegriffen.

Eine Bundesregierung, die Schulden und Inflation in die Höhe treibt, ist gescheitert.

Eine Bundesregierung, die mit ihrer verfehlten Politik, den Wohlstand des Landes gefährdet, hat völlig versagt.

Eine Bundesregierung, die dabei zusieht, wie die Armut steigt und die hart arbeitende Mittelschicht abrutscht, ist ein Problem für unser Land.

Die Bundesregierung aus ÖVP und Grünen hat bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, die Teuerungskrise im Sinne der Menschen und des Wirtschaftsstandortes erfolgreich zu bekämpfen und die Inflation zu dämpfen. Sie ist nicht in der Lage, ihre Aufgabe und Verantwortung wahrzunehmen. Es ist Zeit, dass Türkis-Grünen Weg frei macht für eine neue Bundesregierung, die tatsächlich die Preise senkt, die Armut bekämpft, die hart arbeitenden Menschen in Österreich unterstützt und den Wirtschaftsstandort schützt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesregierung wird gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

Leichtfried
 Heinsch-Hack
 Stöckl
 Reck
 Reutner

